



Landeshauptstadt  
München  
Sozialreferat

Landeshauptstadt München, Sozialreferat  
Orleansplatz 11, 81667 München

Stadtjugendamt  
Angebote für Kinder, Jugendliche  
und Familien  
Produktteam: Angebote für  
Familien, Frauen und Männer  
S-II-KJF/A

Orleansplatz 11  
81667 München  
Telefon: 233-23893  
Telefax: 233-27489  
Zimmer: 3058  
Sachbearbeitung:  
Frau Jann  
ingrid.jann@muenchen.de

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Datum  
07.01.2002

Vereinbarung zur Kooperation zwischen der  
Bezirkssozialarbeit Allgemeinen Sozialdienst / Sozialbürgerhaus  
und den Erziehungsberatungsstellen in öffentlicher und freier Trägerschaft

**An die Leitungen der SBH und der ASD-Außenstellen**  
**An die Münchner Erziehungsberatungsstellen, EB Verbund München**

anliegend erhalten Sie o.g. Vereinbarung zur Kooperation. Die Vereinbarung ist das Ergebnis der Arbeit aus mehreren Kooperationsprojekten zwischen ASD und Beratungsstellen und deren Auswertung in einem gemeinsamen Workshop.

Ich danke allen, die am Zustandekommen der Vereinbarung aktiv und beratend beteiligt waren und hoffe, dass damit die Zusammenarbeit noch effektiver gestaltet werden kann.

Die als Anlage beigefügten Formblätter können von den Beratungsstellen per e-mail oder in Papierform bei Frau Sängler unter der Telefonnummer 233-23652 oder e-mail [petra.saenger@muenchen.de](mailto:petra.saenger@muenchen.de) angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hubertus Schröer  
Leiter des Stadtjugendamtes

Sie erreichen unser Dienst-  
gebäude mit U- und S-Bahn,  
Straßenbahn und Bus.  
Haltestelle: Ostbahnhof

Internet:  
<http://www.muenchen.de>

14.12.01  
Datum: 21.01.03  
Telefon: 16 - 2 38 93  
Telefax: 16 - 2 79 39  
ingrid.jann@muenchen.de  
Frau Jann

**Sozialreferat**  
Stadtjugendamt  
S - II - L

## **Vereinbarung zur Kooperation zwischen der Bezirkssozialarbeit Allgemeinen Sozialdienst / Sozialbürgerhäusern und den Erziehungsberatungsstellen in öffentlicher und freier Trägerschaft**

Im Einvernehmen mit der Fachstelle Sozialdienst / ASD-Leitung und den Erziehungsberatungsstellen in freier und öffentlicher Trägerschaft wurde folgende Vereinbarung getroffen:

### **1. Präambel**

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz, SGB VIII, schreibt im § 1 dem Recht auf Erziehung, dem Elternrecht und der Elternverantwortung, sowie dem Recht des Kindes einen hohen Stellenwert zu.

Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII bzw. Beratung von Familien nach § 27 Abs.2 SGB VIII ist eine mit einem Rechtsanspruch der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten verbundene Form der Hilfe zur Erziehung. Das Jugendamt hat diese „rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung zu stellen“ (§ 79 SGB VIII). Sie ist eine gesetzlich fixierte Pflichtaufgabe der Jugendhilfe.

Vorrang hat die Unterstützung der Sorgeberechtigten bei der Ausübung ihrer Erziehungsaufgaben. Die grundsätzliche Freiwilligkeit der Inanspruchnahme von Beratung, Unterstützung und Hilfe ist dabei oberstes Ziel.

Die staatliche Wächterfunktion ist auf die Gefahrenabwehr begrenzt. Sie setzt einen objektiven Gefahrenzustand für die Kindesentwicklung und eine konkrete Gefährdung des Kindeswohls voraus. Auf diesen Schutz haben Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch.

Die dargestellten Kooperationsformen zwischen den Erziehungsberatungsstellen und der Bezirkssozialarbeit sollen dazu dienen, besonders für sozial benachteiligte Multiproblemfamilien, Zugangswege leichter zu ermöglichen, Schwellenängste abzubauen und den Einsatz der Beratungskapazitäten in den entsprechenden Sozialregionen effizient zu gestalten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider psychosozialen Dienste haben darüber hinaus gegenseitig Kenntnis über ihre diversen Leistungsangebote und Projekte, die den Münchner Familien adäquat vermittelt werden können.

## **2. Vereinbarungen zur Kooperation als Ergebnis des Workshops vom 23.3.2000 zwischen ASD\* und den Beratungsstellen in öffentlicher und freier Trägerschaft**

### **2.1 Kooperation auf Leitungsebene**

Mit Leitungsebene sind hier die regionalen Leitungen der Erziehungsberatungsstellen und die des Allgemeinen Sozialdienstes/SBH gemeint. Sie treffen sich mindestens einmal jährlich. Die Leiterinnen und Leiter befassen sich mit Grundsatzfragen, z.B.:

- gemeinsame regionalbezogene Zielabsprachen
- Kooperationsvereinbarungen
- Gegenseitige Information über Aufgabenveränderungen
- Fortschreibung und Entwicklung gemeinsamer Standards

### **2.2 Fallübergreifende Kooperation in den Sozialregionen**

Zu diesen Besprechungen treffen sich die Führungskräfte (Außenstellenleitungen / Gruppenleitungen des ASD bzw. die Leitungen / Teilregionsleitungen der SBH's und den Erziehungsberatungsstellen) die für eine gemeinsame Sozialregion zuständig sind. Über eine Teilnahme der BezirkssozialarbeiterInnen entscheiden die Führungskräfte.

Sinnvoll wäre die Einbindung weiterer Anbieter von Familien- und Erziehungshilfen in kommunaler und freier Trägerschaft in der Region.

Empfohlen werden zwei Treffen jährlich mit gemeinsamer Vorbereitung. Inhalte der Gespräche können sein:

- gegenseitige Informationen über die Aufgabenbereiche
- gegenseitige Information über Aufgabenveränderungen
- Entwicklung von Gewaltpräventionsprojekten für die Sozialregionen
- anonyme Fallbesprechungen
- Absprachen über gegenseitige Hospitation
- Absprachen zur Zusammenarbeit in Einzelfällen
- Entwicklung gemeinsamer Projekte
- Auswertung der Zusammenarbeit

Zu den Terminen wird ein/e Vertreter/in der Produktsteuerung der Zentrale eingeladen und erhält ein Protokoll.

\*seit 1.Sept. 2001 Fachstelle Sozialdienst

## **2.3 Fallbezogene Kooperation**

### **2.3.1 Überweisungsformen**

Der ASD / das SBH und die Beratungsstellen haben teilweise sich überschneidende, teilweise ergänzende Aufgabenbereiche. Beide Dienste sind Erstanlaufstellen, die auch andere Hilfen erschließen sollen. Daraus ergibt sich für beide Dienste immer wieder die Notwendigkeit, Familien jeweils zu überweisen. Diese Überweisungsformen reichen von unverbindlicher Empfehlung bis hin zur sehr verbindlichen Übergabe, z.T. mit im Rahmen der Hilfeplanverfahrens vereinbarter Aufgabenteilung und Kooperation.

Je nach Fallkonstellation sind unterschiedliche Überweisungsformen möglich (Anlage1).

Die Anmeldung zur Fallübernahme bzw. Mitwirkung erfolgt mit Formblatt asd 374/12.01 für die BSA und asd 375/12.01 für die Beratungsstellen (siehe Anlage).

### **2.3.2 Prozessschritte**

Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Dienste gemeinsam in einem Fall tätig werden, ist folgendes zu beachten:

- Fallverantwortung klären
- Ziele definieren
- Zuständigkeiten festlegen
- Aufträge und Aufgaben definieren
- Formen und Zeit für Rückkoppelung und Verlaufskontrolle festlegen (z.B. im Rahmen des Hilfeplanverfahrens)

Dabei sind die Rechtsvorschriften zu beachten, wie (schriftliche) Entbindung von der Schweigepflicht Formblatt asd 376/12.01 (siehe Anlage), Anwendung des Hilfeplanverfahrens.

## **3. Empfehlungen**

Eine Fülle von Ideen, Vorschlägen, bereits erprobten Formen der Zusammenarbeit wurden in Workshops vorgestellt, diskutiert und zur Umsetzung empfohlen:

- gemeinsame Fallbesprechungen (anonymisiert):
  - sie ermöglichen die genaue Kenntnis der fachlichen Arbeitsweisen.

- gegenseitige Hospitation ermöglicht praxisbezogenes Kennenlernen der Arbeitsweisen, Zielsetzungen und Interventionen des jeweils anderen Dienstes.
- Im SBH steht der psychologische Dienst für Fallberatung zur Verfügung, ebenso für gemeinsame schwierige Gespräche oder zur Diagnostik. Eine interdisziplinäre Einschätzung z.B. bei Gefährdung ist damit gewährleistet. Oftmals nimmt auch der psychologische Dienst Kontakt zu den BSt auf.
- kollegiale Beratung bei Gefährdungsfällen:  
sie ermöglicht eine interdisziplinäre Einschätzung hinsichtlich Gefährdungen des Kindeswohls sowie aktuelle Krisenbewältigung
- Evaluation von Gefährdungsfällen:  
sie ermöglicht Kriterien zu erarbeiten und damit die erbrachten Hilfen zu überprüfen.
- Fachtage, Symposien, aktuelle Fachdiskussionen:  
sie dienen der fachlichen Vertiefung, Information, dem Austausch, der Präsentation wichtiger Forschungsergebnisse, Gesetzesvorhaben, aktuelle gesellschaftliche Probleme und Veränderungen.
- Gemeinsame Projekte in den Sozialregionen:  
sie dienen der Vernetzung und der besseren Nutzung der Ressourcen
- gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit
- Fallteams mit allen Kolleginnen und Kollegen, die Hilfe zur Erziehung anbieten und mit anderen Kooperationspartnerinnen und -partnern.

# Fallübergabe und Kooperation ASD/SBH → BSt

Fallkonstellation	Kooperationsformen
<p>1. Klienten wünschen und ASD/SBH empfiehlt Beratung gemäß § 28 KJHG.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der ASD/das SBH kennt die örtlich zuständigen BSt's und gibt eine reine Empfehlung. Die Klienten haben das Wunsch- und Wahlrecht, diese Empfehlung anzunehmen. Es finden in der Regel <u>keine Kooperationsgespräche</u> statt.</li> </ul>
<p>2. Der ASD/das SBH erkennt einen deutlichen Beratungsbedarf gemäß § 28 KJHG.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Im Rahmen einer ASD/SBH-Aufgabe wird ein deutlicher Bedarf nach § 28 KJHG erkannt, der ASD möchte auch, daß diese Hilfe wirklich ankommt. Hier muß der ASD/das SBH Motivationsarbeit leisten und das Einverständnis der Klienten zur Zusammenarbeit und/oder zur Weitergabe der Daten erwirken. Ein gemeinsames Erst- und Übergabegespräch Klient-BSt- ASD/SBH empfiehlt sich im Sinne transparenter Hilfeleistung. In diesem Gespräch wird auch vereinbart, ob weitere gemeinsame Gespräche sinnvoll sind, wer wofür zuständig ist. Es sollte auch vereinbart werden, daß der ASD/das SBH zumindest informiert wird über die Beendigung oder den Abbruch der Hilfe.</li> </ul>
<p>3. Der ASD/das SBH leitet einen Hilfeplan gemäß § 36 KJHG für eine Hilfe nach § 28 KJHG ein.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hier findet das Hilfeplanverfahren seine Anwendung. Die Einleitung des Hilfeplanes durch den ASD/das SBH ist kein „muß“, dieses Vorgehen kann aber sinnvoll sein, wenn Dauer, Struktur, Verbindlichkeit und Transparenz erwünschte Qualitätsmerkmale sein sollen.</li> </ul>
<p>4. Der ASD/das SBH ist tätig in Gefährdungsfällen und sieht die Hilfe gemäß § 28 als geeignete Hilfeform an. Der ASD/das SBH vermittelt im Rahmen einer Tätigkeit gemäß § 50, 2 und 3 KJHG das Angebot gemäß § 28 KJHG. (Zur Erinnerung: der § 50, 2 und 3 KJHG lautet (2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin. (3) Hält das Jugendamt zur Abwendung einer Gefährdung des Wohls des Kindes oder des Jugendlichen das Tätigwerden des Gerichts für erforderlich, so hat es das Gericht anzurufen. Absatz 2 gilt entsprechend.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Diese Fälle sind von hoher Brisanz und Verantwortung, jedoch in der Regel von geringer Mitwirkungsbereitschaft der Klienten begleitet. Trotzdem muß das Jugendamt vor sorgerechtseinschränkenden Maßnahmen das Hilfeangebot ausschöpfen und gerade hier die fachlichen Kompetenzen der Beratungsstellen nutzen. Wichtige Prinzipien auch hier sind Transparenz und Verbindlichkeit. Im Rahmen von Erstgesprächen sollte eine schriftliche Vereinbarung getroffen werden über Inhalte der Beratung, Konsequenzen bei Abbruch der Beratung oder mangelnder Mitwirkungs- und Veränderungsbereitschaft der Familien. Je nach Indikation und Grad der Gefährdung ist in der Vereinbarung festzulegen, <u>wer</u> die Kontrollfunktion <u>wie</u> wahrnimmt. Wenn also die Beratung ohne Erfolg endet, strebt BSt an, dies gegenüber den Eltern zu erklären und muß dies dem ASD/SBH mitteilen - als Grundlage für weitere Maßnahmen.</li> </ul>

Fallübergabe BST -&gt; ASD



Fallkonstellation 1

Fallübergabe ASD -&gt; BSt



Fallkonstellation 2 + 3

Fallübergabe ASD -&gt; BSt



Fallkonstellation 4

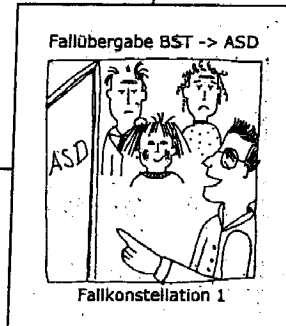
**5. Krisenintervention**

Der ASD/das SBH muss in Akutkrisen Kinder/Jugendliche in Obhut nehmen (§ 42 SGB VIII). Zu dieser Aufgabe gehören auch Abstimmungsgespräche mit den Eltern, die einer Inobhutnahme möglicherweise nicht zustimmen.

- stimmen die Eltern einer Inobhutnahme nicht zu, so übernimmt BSt bzw. der psychologische Dienst für das SBH, nur mit Einverständnis der Eltern, Klärungsgespräche und Beratung.
- Im Akutfall führt auch die BSt die Inobhutnahme durch. Ansonsten übernimmt der ASD/SBH in Absprache mit BSt die Inobhutnahme.
- Nach einer durchgeführten Inobhutnahme durch BSt ist unverzüglich mit den zuständigen ASD/SBH Kontakt aufzunehmen zur weiteren Abklärung der Vorgehensweise.

## Fallübergabe und Kooperation BSt → ASD / SBH

Fallkonstellation	Kooperationsformen
1. Klienten wünschen und BSt empfiehlt das Beratungsangebot des ASD/SBH	<ul style="list-style-type: none"> <li>BSt verweist auf Angebote des ASD/SBH Bei Besprechungsbedarf bietet sich hier das gemeinsame Erst- bzw. Übergabegespräch an, zumindest jedoch ein Telefonat, damit die Klienten einen guten Übergang erhalten.</li> </ul>
2. BSt erkennt deutlichen Bedarf an Beratungsangeboten des ASD/SBH *	<ul style="list-style-type: none"> <li>BSt macht Annahme von ASD/SBH-Beratungsangeboten zur Bedingung für weitere eigene Arbeit. Bei Besprechungsbedarf wie oben. In diesem Gespräch wird auch vereinbart, ob weitere Gespräche sinnvoll sind, wer wofür zuständig ist. Es sollte auch vereinbart werden, daß BSt zumindest informiert wird über Beendigung oder Abbruch der Hilfe.</li> </ul>
3. BSt leitet einen Hilfeplan gem. § 36 KJHG ein.	<ul style="list-style-type: none"> <li>BSt kann generell ambulante, teilstationäre und stationäre HzE einleiten gem. Hilfeplanverfahren.</li> <li>in der neuen Struktur der SBH ist die Vermittlungsstelle ihr Kooperationspartner.</li> <li>in der alten Struktur gelten die bekannten Zuständigkeiten ( ASD: AEH, Teilstationär; F2: Pflege; F3: Heime, u.a.).</li> </ul>
4. BSt sieht extreme Gefährdung des Kindeswohls (schwerwiegende Misshandlung, sexueller Missbrauch).	<p>BSt macht eine Mitteilung an ASD/SBH auch wenn die Zustimmung des Klienten fehlt. Es steht dann der Schutz des Kindes vor der Schweigepflicht (höheres Rechtsgut)</p> <p>Kinder und Jugendliche, die in der Beratungsstelle sind, oder sich an sie wenden (§ 8 KJHG) wird von der Beratungsstelle zur Abwendung einer akuten Gefährdung eine Inobhutnahme veranlasst, wenn keine andere Abhilfe möglich ist. In Fällen, in denen die Familie bei den BSA nicht bekannt ist, ist der Antrag beim Familiengericht durch BSt zu stellen. (Kollegiale Beratung zur Antragstellung kann durch ASD/BSA erfolgen). Ansonsten macht BSt Mitteilung an ASD/SBH.</p>





## Entbindung von der Schweigepflicht

Hiermit entbinde ich als Sorgeberechtigte/r des Kindes/Jugendlichen

geb.

Frau/Herrn \_\_\_\_\_ gegenüber

\_\_\_\_\_ von der Schweigepflicht.

München, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

# Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche:

(Name, Adresse der Beratungsstelle)

Anmeldung zur Fallübernahme ☐  
Mitwirkung ☐

## An S-ASD-

Familie:

Straße, HsNr.:

PLZ, Ort:

Telefon:

- ☐ wurde am an Ihre Adresse vermittelt und eine Kontaktaufnahme zur Beratung empfohlen.  
☐ wurde am telefonisch angemeldet.

Einverständnis liegt vor: ja ☐ nein ☐

- ☐ für Kontaktrückmeldung  
☐ für Ablärung weiterer Hilfen  
☐ für gemeinsames Gespräch  
☐

Ziele, Auftrag, Fragestellung

i.A.